

## Niederschrift

über die 6. Sitzung des Finanzausschusses der Stadt Wyk auf Föhr am Mittwoch, dem 19.03.2014, im Sitzungssaal der Amtsverwaltung.

### Anwesend sind:

**Dauer der Sitzung: 17:00 Uhr - 21:25 Uhr**

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Erland Christiansen

Herr Holger Frädrich

Herr Dirk Hartmann

Herr Klaus Herpich

als Vertreter für Jürgen Huß

Herr Heinz Lorenzen

Herr Till Müller

Frau Dr. Silke Ofterdinger-Daegel

Herr Jürgen Poschmann

Vorsitzender

Herr Paul Raffelhüschen

Herr Peter Schaper

stellv. Vorsitzender

#### zusätzlich anwesend

Frau Claudia Andresen

Frau Karin Köhler

Frau Annemarie Linneweber

Herr Eberhard Schaefer

#### von der Verwaltung

Frau Renate Gehrman

Herr Hauke Stammer

Herr Christian Stemmer

### Entschuldigt fehlen:

## Tagesordnung:

- 1 . Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 . Anträge zur Tagesordnung
- 3 . Beschlussfassung über die nichtöffentliche Beratung von Tagesordnungspunkten
- 4 . Einwendungen gegen die Niederschrift über die 5. Sitzung (öffentlicher Teil)
- 5 . Einwohnerfragestunde
- 6 . Antrag der KG Fraktion, Beratung der Vorgehensweise zur Umsetzung der Empfehlungen der Fides - Organisationsuntersuchung
- 7 . Erweiterung des elektronischen Sitzungsdienstes  
Vorlage: Stadt/001993/1
- 8 . Bericht des Bürgermeisters
- 9 . Verschiedenes

### **1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**

Herr Poschmann begrüßt um 17:00 Uhr die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

## **2. Anträge zur Tagesordnung**

Es liegen keine Anträge vor.

## **3. Beschlussfassung über die nichtöffentliche Beratung von Tagesordnungspunkten**

Da überwiegende Belange des öffentlichen Wohls sowie berechnigte Interessen Einzelner es erforderlich machen, werden die genannten Tagesordnungspunkte nichtöffentlich beraten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

## **4. Einwendungen gegen die Niederschrift über die 5. Sitzung (öffentlicher Teil)**

Es gibt keine Einwände gegen Form und Inhalt der Niederschrift der letzten Sitzung. Die Niederschrift gilt somit als genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

## **5. Einwohnerfragestunde**

Herr Wäcken fragt an,

1. für wann die Umrüstung/Investition in ein BHKW geplant sei ?  
Er wies darauf hin, dass die Kosten für die Beratungsleistungen von der KfW gefördert werden könnten.
2. ob er Einsicht in das Gutachten für das Wellenbad/Kurmittelhaus bekommen könne ?

Antwort von Herrn Raffelhüschen

zu 1.: Eine Entscheidung würde im April/Mai 2014 fallen.

Antwort von Frau Gehrman

zu 2.: Nach Protokollierung dieser Sitzung und Prüfung würde Herr Wäcken eine schriftliche Benachrichtigung vom Bürgermeister erhalten.

Herr Schaefer beanstandet den nicht tragbaren Zustand der Heizungsanlage in der Rüm-Hart-Schule der schon seit mindestens drei Jahren herrscht und immer noch nicht behoben ist.

Frau Gehrman erwidert, dass dieses eine Amtsgelegenheit sei und das Problem bekannt sei und noch keine Abhilfe geschaffen werden konnte.

**6. Antrag der KG Fraktion, Beratung der Vorgehensweise zur Umsetzung der Empfehlungen der Fides - Organisationsuntersuchung**

Die Auswertung über die Strukturoptimierung des Steuerbüros Siedler & Andresen liegt noch nicht vor. Das Thema zieht sich bereits über vier Monate hin und es wird allseits auf die Dringlichkeit hingewiesen.

Als letzter Verschiebungstermin wird der 02.04.2014 festgehalten.

Es wird bemängelt, dass nicht wenigstens Ergebnisse zu Teilbereichen geliefert worden sind.

Die Terminverschiebung auf den 02.04.2014 überschneidet sich mit dem Bau- und Planungsausschuss. Frau Offerdinger-Daegel merkt an, dass evtl. der Bauausschuss verschoben werden könne.

Die Ausschussvorsitzenden werden sich bezüglich der Terminfestlegung noch absprechen.

**7. Erweiterung des elektronischen Sitzungsdienstes  
Vorlage: Stadt/001993/1**

Bedingt durch den Antrag der Fraktion „Bündnis 90 Die Grünen“ zur verbindlichen Nutzung des Ratsinformationssystems wurden verschiedene Möglichkeiten einer Erweiterung des elektronischen Sitzungsdienstes anhand der Ursprungsvorlage Stadt/001993 vorgestellt. Mit dieser Vorlage werden nun die gewünschten Varianten konkretisiert:

Variante 2:

Bei Kauf eines Gerätes ohne Mobilfunkvertrag entstehen einmalige Investitionskosten von ca. 550,00 € pro Mandatsträger. Sollte die gesamte Stadtvertretung ausgestattet werden, wären dies ca. 9.350,00 €. Ohne Mobilfunk besteht jedoch nur eine Verbindung über WLAN. Dies wäre z.B. im Bereich des Sitzungssaales des Amtes Föhr-Amrum und ggfs. im privaten Umfeld der Fall. Folgekosten entstehen nicht.

laufende Kosten: ./.  
Investition: ca. 9.350,00 € für gesamte Stadtvertretung

Derzeit sind 16 Bürgerliche Mitglieder in städtischen Gremien als ordentliches Mitglied tätig. Würden diese Mandatsträger ebenfalls ausgestattet werden, kämen folgende Beiträge hinzu:

laufende Kosten: ./.  
Investition: ca. 8.800,00 € für 16 Bürgerliche Mitglieder

Gesamt:

laufende Kosten: ./.  
Investition: ca. 18.150,00 € für 33 Mandatsträger

Variante 3:

Bei Kauf eines Gerätes ohne Mobilfunkvertrag entstehen einmalige Investitionskosten von ca. 550,00 € pro Mandatsträger. Sollte die gesamte Stadtvertretung ausgestattet

werden, wären dies ca. 9.350,00 €. Ohne Mobilfunk besteht jedoch nur eine Verbindung über WLAN. Dies wäre z.B. im Bereich des Sitzungssaales des Amtes Föhr-Amrum und ggfs. im privaten Umfeld der Fall (entspricht Variante 2).

Damit das Gerät überall und jederzeit die aktuellen Daten synchronisieren kann, wird ein Datenflatrate-Vertrag (Mobilfunk) abgeschlossen (anderer Anbieter als Variante 1).

Die monatlichen Kosten für einen Datenflatrate-Vertrag (Mobilfunk) betragen ca. 10,00 €. Bei einer Vertragslaufzeit von 24 Monaten entspricht dies ca. 240,00 € pro Mandatsträger. Sollte die gesamte Stadtvertretung ausgestattet werden, wären dies ca. 4.080,00 € innerhalb von 24 Monaten. Auf einer Wahlperiode von 60 Monaten ergibt sich ein Betrag von ca. 10.200,00 €.

laufende Kosten: jährlich ca. 2.040,00 €  
Investition: ca. 9.350,00 € für gesamte Stadtvertretung

Derzeit sind 16 Bürgerliche Mitglieder in städtischen Gremien als ordentliches Mitglied tätig. Würden diese Mandatsträger ebenfalls ausgestattet werden, kämen folgende Beträge hinzu:

laufende Kosten: jährlich ca. 1.920,00 €  
Investition: ca. 8.800,00 € für 16 Bürgerliche Mitglieder

Gesamt:

laufende Kosten: jährlich ca. 3.960,00 €  
Investition: ca. 18.150,00 € für 33 Mandatsträger

Im Hinblick auf die laufenden Kosten dieser Variante stellt sich die Frage, ob eine permanente und ortsunabhängige Verbindung erforderlich wäre oder ob eine Anbindung im privaten Umfeld sowie im Amtsgebäude ausreichend wäre.

Im Falle einer Realisierung müssten die Mandatsträger vor der Ausstattung mit mobilen Endgeräten eine Nutzungsvereinbarung sowie eine Verzichtserklärung auf Papierzustellung unterzeichnen. In der Nutzungsvereinbarung wäre u.a. geregelt, wie bei Ausscheiden des Mandatsträgers vorgegangen werde. Sinnvoll wäre hier sicherlich eine Rückgabe des Gerätes an die Verwaltung. Nach Löschung aller Daten könnte das Gerät dann problemlos an das neue Gremiumsmitglied ausgehändigt werden.

Sofern ein Mandatsträger bereits ein privates mobiles Endgerät des selben Typs besitzt, könnte dieses auch verwendet werden. In diesem Fall wäre ebenfalls eine Nutzungsvereinbarung abzuschließen.

Herr Schenck erläutert die Vorlage ausführlich und beantwortet die auftretenden Fragen.

Gemeinsamer Tenor ist, sich die Präsentation über die Funktionalität des Gerätes und der App „Mandatos“ vorstellen zu lassen. Wenn eine Umstellung erfolgt, dann sollte diese für alle gelten.

Die Vorführung und Prüfung der Funktionalität soll von Herrn Schenck organisiert werden.

Bei einem Kauf der Geräte ist eine Schulung der Nutzer erforderlich und vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

## **Beschluss:**

1. Die Verwaltung des Amtes Föhr-Amrum wird beauftragt, die Erweiterung des elektronischen Sitzungsdienstes laut Variante 2 für 33 Mandatsträger zu konkretisieren. Dies umfasst die Erarbeitung von Nutzungsbedingungen, Verzichtserklärung auf Papierzustellung, Klärung von Versicherungsschutz etc.
2. Da bisher keine Haushaltsmittel im Haushalt 2014 berücksichtigt sind, müssen diese über einen Haushaltsnachtrag zur Verfügung gestellt werden.

## **8. Bericht des Bürgermeisters**

Herr Raffelhüschen trägt vor, dass einmal im Jahr eine Jugendversammlung abgehalten werden müsste. Dieses sei vor den Sommerferien geplant.

Ferner wird das Bodengutachten für das Baugebiet am Kortdeelsweg angesprochen. Es ist fraglich, ob dieses vor dem 2. April 2014 vorliegt.

## **9. Verschiedenes**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Jürgen Poschmann

Hauke Stammer